Chef-Redakteur:
Arthur Levysohn in Berlin.

Montags-Ausgabe.

Druck und Verlag:
Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 23. Berlin, Montag, den 14. Januar 1895. XXIV. Jahrgang.

□ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Die erste Berathung des Gesetzes wider die Umsturzbestrebungen hat, wie voraussusehen war, mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission geendet. Der Verlauf der parlamentarischen Erörterungen hat gezeigt, daß Konservative, Freikonservative und zum Theil auch die Nationalliberalen für den Regierungsentwurf — von einzelnen redaktionellen Aenderungen abgesehen — zu stimmen geneigt sind. Das Centrum verkennt nicht die vielen Unzuträglichkeiten, die der Entwurf, falls er in seiner jetzigen Fassung Gesetzeskraft erlangen sollte, mit sich bringen müßte, — es will deshalb die Einzelheiten des Entwurfs erst nach reiflicher Prüfung acceptiren —, aber der Grundidee steht es nicht unsympathisch gegenüber. Die Centrumsredner gaben sogar nicht undeutlich zu verstehen, daß, falls das Gesetz, welches den Jesuitenorden vom deutschen Boden ausschließt, aufgehoben würde, das Centrum mit sich reden lassen möchte.

Ersichtlich war es diese traditionelle Haltung der ultramontanen Partei, welche die nach den heftigen und moralisch fiesbaften Angriffen der Oppositions-Wortführer wider das Gesetz sehr zurückgegangenen Hoffnungen der Regierung aufs Neue belebte. Herr v. Köller, der preußische Minister des Innern, schien sogar an die Möglichkeit des Abschlusses eines Kartells mit dem Centrum zu glauben, und wer weiß, ob nicht schließlich ein solches Bündniß der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen mit dem Centrum das Prinzip der Vorlage rettet; vorausgesetzt immer, daß die Reichsregierung sich darin schickt, durch das kandinische Joch bestimmter Zugeständnisse an die Ultramontanen zu marschiren.

Wer dergleichen in den Tagen nach der Dreihundertjahr-Feier Gustav Adolfs für unmöglich erklären sollte, müßte als unverbesserlicher Optimist gestäupt werden. Bei uns ist jetzt alles möglich; selbst die Beschränkung der Lehrfreiheit der deutschen Universitätsprofessoren, gegen welche der katholische Cicero, Gröber, wahre Breitseiten fanatischer Beredsamkeit richtete. Freilich das Ideal des Herrn v. Stumm, der einfach die Sozialdemokratie oder doch ihre Führer mit Stumpf und Stiel ausgerottet zu sehen wünscht, wird auch durch die Vorlage noch nicht erreicht, die nach der Auffassung des Herrn v. Bennigsen hauptsächlich dazu berufen wäre, die Monarchie zu schützen. Der Kriegsminister, der dazu ganz vernehmlich mit dem Säbe rasselte, hatte schlechterdings dabei die preußische Nationalhymne außer Acht gelassen, die klar und deutlich erklärt:

„Nicht Roß nicht Reisige
Sichern die steile Höh',
Wo Fürsten stehn!"

Unsere Wehr hätten wir unter Umständen vielleicht nach ganz anderen Richtungen mobil machen müssen als gegen den Feind im Innern, denn unser Verhältniß zu Frankreich ist zur Zeit weit entfernt, jene Friedensbürgschaften aufzuweisen, die man noch vor dem letzten 26. Oktober als ausreichend erachten durfte.

Die Dreyfus-Affaire hat ihre dunklen Schatten auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich geworfen. Der französische Kriegsminister hatte in einer Unterredung mit dem militärischen Redakteur des Figaro, dem protestantischen Elsasser Charles Lefer, ganz offen darauf hingewiesen, der Verrath des französischen Generalstabs-Hauptmanns sei zu Gunsten Deutschlands ins Werk gesetzt worden. Obwohl die deutsche Botschaft sofort dagegen Verwahrung einlegte, so bürgerte sich diese Ausstreuung als unumstößliche Wahrheit in Presse und Publikum jenseits der Vogesen so fest ein, daß sogar die Legende Glauben fand, die Verurtheilung des Hauptmanns Dreyfus wäre ausschließlich auf Grund eines Brieffragments erfolgt, das von französischen Mouchards aus einem Papierkorbe der Pariser deutschen Botschaft eskamotirt worden sei. Umsonst betonte Graf Münster amtlich, daß Deutschland bei der ganzen Sache völlig unbetheiligt geblieben, umsonst erklärte er, daß weder die diplomatische noch die militärische Vertretung des deutschen Reiches in Paris jemals mit dem Angeklagten und inzwischen Verurtheilten irgend eine Verbindung unterhalten habe, — die öffentliche Meinung der französischen Hauptstadt blieb unbelehrbar.

Da, scheint es, riß der deutschen Diplomatie die Geduld, und sie verlangte mit Nachdruck, daß die Regierung der Republik, die es doch besser wissen mußte, ein geharnischtes Dementi gegen die Anschuldigungen erlasse, welche unablässig die deutsche Botschaft mit der Dreyfus-Affaire in Verbindung brachten. Dazu ließ sich nun allerdings das Ministerium Dupuy herbei — allein das Dementi erfolgte in so wenig nachdrücklicher Form und wurde von der Pariser Presse mit so vollendeter Nichtachtung aufgenommen, daß schon die ganze Gutmüthigkeit, über welche Graf Münster verfügt, dazu gehörte, um sich mit dieser Art richtigstellender Genugthuung zufrieden zu geben. Die Promptheit freilich, mit welcher der französische Minister des Auswärtigen auf die deutsche Reklamation reagirte, verdient alle Anerkennung, aber die Art und Weise, in der dies geschehen konnte, hat bei manchem Politiker ein bedenkliches Kopfschütteln hervorgerufen. Das wäre unter Bismarck wahrscheinlich anders behandelt worden. Ein kalter Wasserstrahl würde schwerlich seine niederschlagende Wirkung verfehlt haben. Indem man die Affaire aber unter vier Augen abmachte, gab man der Welt von Neuem ein untrügliches Zeichen unserer Friedensliebe. Somit kann die Angelegenheit Dreyfus für Deutschland als erledigt gelten.

Allerdings hat jene Promptheit des Herrn Hanotaux zur Folge gehabt, daß Deutschland der Nothwendigkeit überhoben blieb, nach Art Italiens seinen Vertreter in Paris, brüsk abzuberufen. Die Entschiedenheit, welche Crispi bekundete, als er sich entschloß, den fast französirten Herrn Reßmann nicht länger auf seinem Posten zu belassen, hat augenscheinlich in Paris wenn nicht imponirt, so doch verblüfft. Und das ist immer schon etwas. Der herausfordernde Ton der französischen Presse ist sofort um mehrere Grade gegen Italien herabgestimmt worden, und die feindseligen Insinuationen gegen Crispi machten minder persönlichen Erwägungen Platz. Jedenfalls wird der italienische Ministerpräsident seinen Zweck erreichen, und die Republik wird sich gezwungen sehen, auch ihren Botschafter beim Quirinal, Herrn Billot, abzuberufen, der als der Mittelpunkt der Crispi-feindlichen Verhetzungen galt, an denen sich die französische Presse regalirte.

Ob dies noch das Ministerium Dupuy oder ein anderes, es ersetzendes Kabinet ins Werk sehen wird, ist gleichgiltig. Die republikanische Regierung steht auf überaus schwachen Füßen, obwohl es ihr dieser Tage noch gelungen ist, einen Ansturm der Radikalen mit ziemlicher Mehrheit zurückzuweisen. Aber diese Männer der republikanischen „Konzentration" — man nennt heutzutage in Frankreich „republikanische Konzentration" eine Parteibildung, in welcher die gemäßigten Elemente sich unter der Voraussetzung mit den Radikalen verschmelzen, daß diese Letzteren die allein ausschlaggebenden Faktoren bilden — diese Männer der Konzentration lassen nicht locker. Sie haben es um so eiliger, wieder in Amt und Würden zu kommen, als es hauptsächlich Politiker ihrer Farbe sind, welche durch die neuesten Erpressungs- und sonstigen Skandalaffairen in Verruf geriethen. Das einzige Mittel aber, durch behördliches Einschreiten die weitere Verfolgung dieser peinlichen Prozesse zu verhüten, besteht eben im Besitze der Macht, und so müssen sie sich beeilen, wollen sie noch ans Ruder gelangen, ehe es für ihre Freunde und Schützlinge zu spät ist.

Der Ministerwechsel in Frankreich erscheint also über kurz oder lang genau so unausbleiblich, wie er es in Ungarn gewesen ist. Der Sturz Wekerles stand seit Monaten in den Sternen geschrieben. Als er erfolgt war, blieb es nur schwer, einen Nachfolger für den steifnackigen Ministerpräsidenten bürgerlicher Herkunft zu finden. Graf Khuen-Hedervary, den die Hofpartei aufs Neue kandidirte, erlitt diesmal ebenso schnell Schiffbruch wie im Oktober vorigen Jahres. Er sah sich außer Stande, ein Kabinet zu bilden, da die von ihm geplante Verschiebung des Schwerpunktes der liberalen Parlamentsmehrheit nach rechts absolut keine Gegenliebe bei denen fand, auf deren Mitwirkung ein glückliches Gelingen beruhte. Vielleicht war diesmal bei den liberalen Magyaren, die ihn nicht unterstützen mochten, weniger eine Gegnerschaft aus Gründen des Liberalismus ausschlaggebend, als der stille Argwohn, Graf Khuen, der Vertrauensmann der Krone, sei auch der Hoffnungsstern der mehr oder weniger interessanten Nationalitäten, der Kroaten, Rumänen, Slowaken u. s. w., welche mit größerem oder geringerem Erfolge bis jetzt noch der völligen Magyarisirung Widerstand geleistet hatten.

Ein solches Mißtrauen aber herrschte dem Baron Banffy gegenüber bei den liberalen Magyaren nicht vor. Er hatte seine Proben abgelegt; an seinen unverfälschten magyarischen Gesinnungen war nicht zu zweifeln. Von ihm hatten die Nationalitäten mit ihren Bestrebungen, das ungarische Joch abzuschütteln, keinen Vorschub zu erwarten. Dazu kam, daß sein Liberalismus unzweifelhaft wahrechter war als derjenige des Grafen Khuen, und so konnte dem Baron Banffy als Erster auch sein Vorgänger Wekerle mit aller Herzlichkeit gratuliren. Für die Hofpartei ist allerdings dieser Ausgang ein schmerzlicher. „Den Bösen sind sie los — die Bösen sind geblieben"; und das Ansehen der Krone hat unmöglich durch den Verlauf dieser Ministerkrise gewinnen können.

---

* In Uebereinstimmung mit den Meldungen unserer Sonntag-Morgen-Nummer erklärt die Kölnerische ministerielle „Berl. Correspondenz": „Die in verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, der Staatsminister Staatssekretär Freiherr **v. Marschall-Bieberstein** sei für ein anderes Amt in Aussicht genommen, ist **vollständig aus der Luft gegriffen.**"

---

* Als angeblichen Beweis dafür, daß die **süddeutsche Regierung** nicht nöthig gehabt hätte, sich durch die briske **Entlassung des Grafen Caprivi** verletzt zu fühlen, bringen die M. N. N. folgende, ersichtlich offiziöse, aus **München** datirte Notiz:

„Wir sind in der Lage, zu konstatiren, daß Se. Majestät der Kaiser über die Frage der Entlassung des Reichskanzlers Grafen Caprivi und vor derselben eine länger als zweistündige Unterredung mit dem königlich bayerischen Gesandten in Berlin gehabt hat. Hierdurch wird die Behauptung, daß die Entlassung Caprivis ohne Rücksicht auf die verbündeten Regierungen erfolgt sei, widerlegt.

Diese Mittheilung stößt offene Thüren ein. Die Unterredung des Freiherrn v. Lerchenfeld mit dem Kaiser war bekannt und ist zugleich mit der Entlassung des früheren Reichskanzlers seiner Zeit der Oeffentlichkeit übergeben worden. Aber das hindert nicht, daß man in München, Stuttgart und Karlsruhe von dem raschen Entschlusse peinlich überrascht sein durfte, der mit den Vorgängen der vorhergehenden Tage in so unüberbrückbarem Gegensatz stand.

---

* Zum wirksamen **Schutz der Nordseefischerei** werden außer dem während der Sommermonate eigens für diesen Zweck in Dienst befindlichen Avijo neuerdings das Maschinenschulschiff der Nordseestation „Prinzeß Wilhelm", einige Schultorpedoboote und das dem Kommandanten in Helgoland zur Verfügung stehende Wachtboot „Wega" herangezogen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es englischen Fischern, welche innerhalb der deutschen Hoheitsgrenze gefischt hatten, bei Annäherung eines großen, weithin sichtbaren Kriegsschiffes wiederholt gelang, auf neutrales Gebiet zu entkommen, bevor das Kriegsschiff so nahe herangekommen war, daß eine Ueberschreitung der Grenze festgestellt werden konnte. Torpedoboote können in Folge ihrer größeren Geschwindigkeit und ihrer geringen Höhe über Wasser überraschender auftreten, und darum ist auf deren Verwendung beim Schutzdienste Bedacht genommen. Der Wirkungskreis des Wachtbootes „Wega" muß sich wegen seiner Kleinheit auf die nächste Nähe von Helgoland beschränken.

---

* **Kiel**, 13. Januar. **(Privat-Telegramm.)** Zahlreiche Veränderungen und Beförderungen in den Kommandostellen der deutschen Kriegsflotte stehen laut Nordostseeztg. in den kommenden Monaten bevor.

---

* Wir haben den Inhalt des drohenden **Manifestes** in der Sonntag-Nummer mitgetheilt, das die französischen **sozialistischen Abgeordneten** gegen die Regierung und die Mehrheit der Deputirtenkammer am Sonnabend erlassen haben. Unser Pariser △-Korrespondent telegraphirt uns über die Konsequenzen dieser Kundgebung das Folgende:

Das Kabinet hat darauf verzichtet, die sozialistischen Deputirten zu verfolgen, die das gestrige Manifest unterzeichnet hatten, in dem der Regierung vorgeworfen wurde, die Kammermajorität durch Drohung und Erpressung eingeschüchtert zu haben. Dagegen werden voraussichtlich die republikanischen Abgeordneten den Klageweg betreten. Bei dem gestrigen Abendpunsch (Banket), mit dem die Sozialisten die Freilassung eines der Ihrigen feierten, wurden der Regierung unerhörte Beleidigungen ins Gesicht geschleudert. Ein Herr Turos, Redaktur der sozialdemokratischen „Petite Republique", sagte u. A.: „Da die Regierung der Schlupfwinkel aller Diebe geworden, ist es gerecht, daß die anständigen Leute von jetzt an die Gefängnisse bewohnen. Der erste Dieb der Republik ist Casimir Perier." Wie der sozialistische Deputirte Rouanet gestern in der Kammer durch vorbedachte Beleidigungen kaltblütig seine Ausschließung provozirte, provozirten die sozialistischen Redner außerhalb der Kammer einen Skandal und ihre gerichtliche Verfolgung. Die Nichtzulassung des zur Zeit seine Strafe abbüßenden sozialistischen Deputirten Gérault-Richard zum Parlament wird übrigens auch von einzelnen Blättern der Regierungs-Republikaner ein politischer Fehler genannt. Andere, wie die „Débats" dringen auf energische Maßregeln. „La Paix" hält die Nachricht von dem unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Merciers aufrecht. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Nachfolger ein General sein werde, der ehemals Militärattaché bei der französischen Botschaft in Petersburg gewesen ist.

△ **Paris**, 13. Januar. **(Privat-Telegramm.)** Im „Petit Journal" veröffentlicht Tristan, der seine Inspiration oft außerhalb der Redaktionsräume empfängt, einen langen Artikel, in dem der Vertheidiger des Hauptmanns Dreyfus, der Advokat Demange, beschuldigt wird, jetzt noch Schritte zur Ungeitigmachung des Urtheils zu thun. Es wird in dem Artikel eine Einwirkung auf Demange in einschüchternden Sinne versucht.

---

* **Italien** hat zur Zeit zwei Sensationen, die alle Gemüther beschäftigen. Die **Hochzeit der Tochter Crispis** und die angeblich unheilverkündende Botschaft aus der **afrikanischen** Kolonie, die sich glücklicherweise nicht bestätigt hat. Unser Römischer ☞-Korrespondent sendet uns darüber die nachstehenden Privat-Telegramme:

Der Neapler „Mattino" bringt angesichts der Crispi dargebrachten Ovationen von Seiten der Bevölkerung Neapels einen grimmigen, aber hyuptomatischen Artikel gegen die Norditaliener. Das Blatt schreibt: „Die großartigen Huldigungen für Crispi werden allerdings die Galle der verehrten lombardischen Patrioten erregen, die uns Süditaliener so gern als korrumpirt und degenerirt bezeichnen. Allein die Süditaliener wissen nur allzugut, daß das Wort „Lombarde" im etnographischen Wörterbuche längst gleichbedeutend ist mit „Wucherer", den nichts heilig ist, als Geld und wieder Geld und immer nur Geld. Der Lombarde kann Crispi die Verminderung des Goldagios nicht verzeihen, weil dasselbe ein paar Lombarden auf Kosten des ganzen übrigen Italiens bereichert hat! Wir haben neulich gesagt, die bevorstehenden Wahlen würden der moralische Sezessionskrieg Italiens, der Krieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten sein. Nun gut! Die Südstaaten nehmen den Fehdehandschuh auf. Sie haben sich schon um Crispi geschaart, bereit zum Kampfe. Wir sind gespannt, ob die Stadt Mailand in ihrem Karnevals-Enthusiasmus mit dem neuen Barbarossa in die Schranken zu treten wagt. Ist doch in der That nichts lächerlicher als der Kampfruf jener Käse- und Kanischuhhändler und Verkäufer elektrischer Glocken, die niemals eine Idee von Italien hatten, niemals das große Vaterland so liebten, wie die armen, mißachteten Süditaliener, die die Steuern eines Crispi den Ersparnissen eines Colombo vorziehen."

Die Sprache ist kräftig aber nicht ganz ungerecht. Die Bevölkerung Neapels veranstaltete übrigens bei der Abreise Crispis eine demonstrative Kundgebung. Die zum Bahnhof führenden Straßen sowie der Bahnhofplatz waren von einer kolossalen Menschenmenge besetzt und viele Häuser illuminirt. Als Crispi erschien, flammten überall bengalische Feuer, römische Lichter und Raketen auf. Ueber dem Portal des Bahnhofs strahlte ein Riesen-Transparent mit der Inschrift: „Die Arbeiterschaft Neapels dem greisen Patrioten Crispi!" Vom Waggon aus hielt Crispi eine Ansprache an die auf dem Perron hinausfluthende Menge. Einen Arbeiter, der Crispi mit schlichten Worten erwiederte, umarmte und küßte der Ministerpräsident mit Thränen im Auge. Die Arbeiterdeputation übergab Crispi schließlich ein Album mit einer Adresse von über dreihundert Arbeitervereinen Süditaliens.

☞ **Rom**, 13. Januar. **(Privat-Telegramm.)** General Baratieri hat den Mareb überschritten, um die Abessinier anzugreifen, die sich schleunigst in der Richtung von Digsa zurückzogen. Baratieri folgt ihnen in Eilmärschen, um ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie bei Koatit zum Stehen zu bringen.

Aus **Massauah** erhält die Römische „Tribuna" von ihrem Korrespondenten folgendes Telegramm: Ras Mangascha rückte